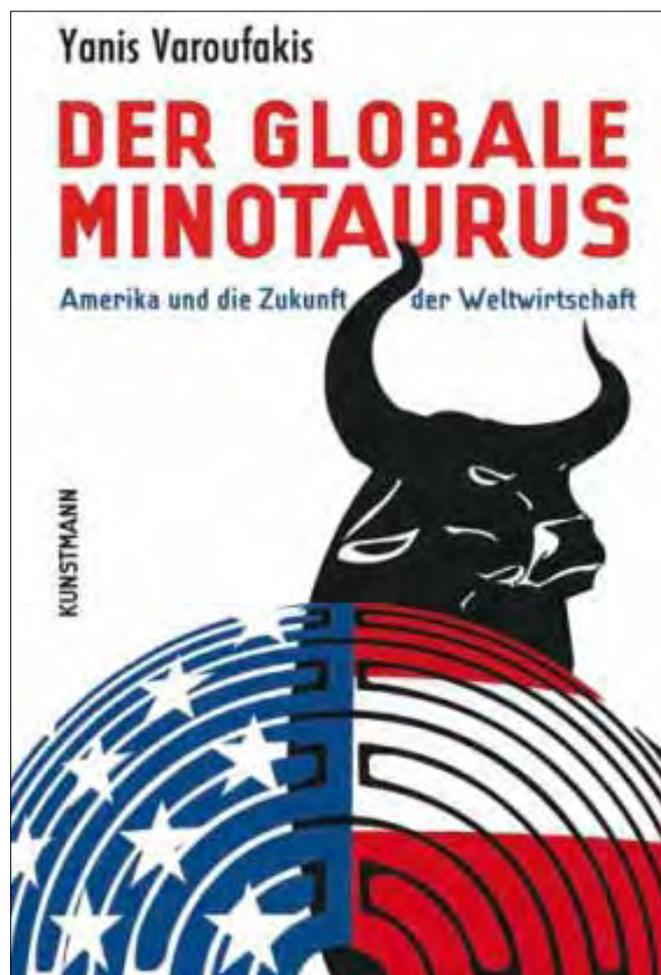


Eine zweite Stärke liegt in der Schilderung der EWS-Währungskrise 1992/93. Die Schilderung gleicht einem Krimi. Im September 1992 hatten Italien und Großbritannien das EWS verlassen, weil sie der im Gefolge der Deutschen Einheit betriebenen Hochzinspolitik der Bundesbank nicht folgen konnten oder wollten. Großbritannien hatte dabei gegen den auf die Abwertung des Pfundes wettenden Soros etliche Milliarden Pfund verloren. Anschließend entstand die Erwartung, dass auch der französische Franc sich nicht im EWS würde halten können und eine Kapitalflucht aus dem Franc setzte ein. Das damalige Ringen der Bundesbank mit der Banque de France, der Bundesregierung mit der französischen Regierung, der Bundesregierung mit der Bundesbank und aller zusammen gegen die Marktteilnehmer wird hier in einer faszinierenden Anschaulichkeit geschildert. Man ahnt nach dieser Lektüre den Druck und die Art der Argumente, denen die Bundeskanzlerin bei den derzeitigen Verhandlungen um die Zukunft des Euroraumes ausgesetzt ist. Bekanntlich endete die Spekulation gegen den Franc unmittelbar nach Ausweitung der Bandbreite des Wechselkurskorridors von 2,25% auf 15%. Die Ausweitung befreite die Bundesbank de facto von der Interventionspflicht und beendete so die risikolose Einbahnspekulation im engmaschigen Bandbreitensystem des EWS über Nacht.

Leider vermisst man in Marsh's Darstellung der Ereignisse einen wichtigen und politisch folgenreichen Punkt: Der französischen Forderung nach unbeschränktem Beistandskredit zur Stützung des Franc widersprach die Bundesbank mit der Forderung nach Eigenanstrengung Frankreichs zur Verteidigung des Franc durch Zinserhöhung. Frankreich lehnte ab. Stattdessen verlangte der damaligen französische Finanzminister Alphandéry den Austritt Deutschlands aus dem EWS. Als dieser sich, nach anfänglichem Zögern der Bundesregierung, abzuzeichnen begann, gaben zuerst die Niederlande, dann Belgien, dann Luxemburg zu verstehen, dass sie wegen ihrer engen wirtschaftlichen Verflechtungen mit Deutschland dem Austritt Deutschlands folgen und mit ihm das EWS verlassen würden. Frankreich sah sich dadurch vor die Option gestellt, ein südeuropäisches EWS zu führen oder eine Alternative zu Deutschlands EWS-Austritt zu suchen. So kam die Ausweitung der Bandbreite zustande. Das damals offenbar gewordene, leicht nachvollziehbare Desinteresse Frankreichs an einem „Südeuro“ macht deutlich, dass aktuelle, in diese Richtung gehende Vorschläge politisch abwegig sind.

Das Buch trägt im englischen den treffenden Titel: „The Euro: The Politics of the New Global Currency“. Warum aus dem Englischen „Politics“ im Deutschen eine „geheime“ Geschichte werden musste, bleibt das Geheimnis des Verlages.

Mit einem Zitat aus dem Jahre 2002 von Wim Duisenberg, dem ersten Präsidenten der Europäischen Zentralbank, führt Marsh in sein Buch ein: „Wahrscheinlich repräsentiert keine andere Währung das gegenseitige Vertrauen, welches das Fundament einer Gemeinschaft ist, besser als der Euro. Er ist die erste Währung, die nicht nur ihre Bindung an Gold, sondern auch ihre Bindung an den Nationalstaat gelöst hat. Hinter ihm steht weder die Wertbeständigkeit des Metalls noch das Gewicht des Staates.“ So ist es. Umso wichtiger wäre die Einhaltung der Regeln des gemeinsamen Geldes gewesen. Mit der ersten Welle, die über den Bug des Euroschiffes hinweg schwappte, gingen sie jedoch über Bord. Das war das Gegenteil von Vertrauen stiftend. (khs)



Yanis Varoufakis: Der globale Minotaurus. Amerika und die Zukunft der Weltwirtschaft. Aus dem Englischen von Ursel Schäfer. Original: „The Global Minotaur. America, the True Origins of the Financial Crisis and the Future of the World Economy“, Zed Books, London 2011.

Verlag Kunstmann München 2012. Ca. 240 Seiten, gebunden mit Schutzumschlag, ISBN 978-3-88897-754-1 € 19,95

Das anzuzeigende Buch enthält eine originelle Analyse des internationalen Währungssystems der Nachkriegszeit und der Rolle der USA in diesem System. Das Buch wendet sich an einen breiten Leserkreis, ist unterhaltsam geschrieben und hat eine klare wirtschaftspolitische, marktkritische Philosophie. Der Titel des Buches knüpft an den Mythos des kretischen Minotaurus an, dem die Athener Opfergaben zu seiner Ernährung zu leisten hatten. In analoger Weise beinhalte – so der Autor – das von den USA geplante und durchgesetzte Weltwährungssystem Tributzahlungen an den Minotaurus USA, der seinen Warenhunger durch Kapitalimporte aus dem Rest der Welt befriedigte.

Der Autor, Grieche, ist studierter Mathematiker und Professor für Politische Ökonomie an der Universität Athen. Auf seiner Homepage teilt er mit, dass er England, wo er studiert hatte, verlassen habe, als Margret Thatcher zum zweiten Mal wieder gewählt wurde. Er übernahm eine Professur in Australien, das er verlassen habe, als dort die Konservative Partei die Wahl gewann.

Drei historische Ereignisse werden als Knotenpunkte der Entwicklung ausgemacht: Die Weltwährungskonferenz von Bretton-Woods 1944, die Aufhebung der Goldkonvertibilität des US \$ durch Präsident Nixon 1971 und die Weltfinanzkrise 2008.

Bretton-Woods brachte der Nachkriegszeit eine Weltwährungsordnung mit der Verpflichtung der Länder, den Wechselkurs ihrer Währung gegenüber dem US \$ (und damit auch untereinander) konstant zu halten sowie der Verpflichtung der USA, den Dollar zu festem Kurs in Gold einzulösen. Dieses System erlaubte eine rasche Expansion des Welthandels bei festen Währungspreisrelationen.

Die ab den 1950-er Jahren entstehenden und wachsenden Zahlungsbilanzdefizite der USA führten freilich zu Dollar-Abflüssen aus den USA, deren Einlösbarkeit in Gold die USA immer weniger gewährleisten konnten. Abwertungserwartungen gegenüber und Kapitalflucht aus dem Dollar veranlassten Nixon dann 1971, die Goldkonvertibilität des Dollars einzustellen. Die Lösung des Dollars von seiner „Goldfessel“ ermöglichte den USA eine expansivere Wirtschaftspolitik als zuvor, was einen Importsog nach sich zog. Das Exportwachstum zunächst Japans, dann Chinas, dann Südasiens konzentrierte sich sehr stark auf den amerikanischen Markt, sodass sich die amerikanische Leistungsbilanz noch weiter verschlechterte. Ermöglicht wurde die daraus resultierende wachsende Auslandsverschuldung der USA durch einen entsprechenden Kapitalzufluss aus den Leistungsbilanzüberschussländern, die ihre wachsenden Auslandsforderungen am sichersten in den USA aufgehoben fanden. Die „Gefräßigkeit“ des amerikanischen Kapitalmarktes, der nur wenig „Futter“ von den heimischen Sparern erhielt, war „Der globale Minotaurus“ des Titels.

Mit der Finanzkrise in den USA, dem Zusammenbruch von Lehman-Brothers und dem mit beidem einhergehenden Vermögensverlust der Kapitalgeberländer kommt nun die Zeitenwende: Die Attraktivität der USA als Kapitalanlageland wird – so Varoufakis – schwinden und einer neuen Weltordnung Platz machen. Wie sie aussehen könnte, bleibe einstweilen noch unklar, der Bedeutungsverlust der USA stehe jedoch fest.

Der Angelpunkt der Überlegungen des Autors ist die Frage, wie die Währungsordnung das „Recycling der Exportüberschüsse“ gestalte. Ein diesbezüglicher Automatismus war schon von Keynes 1944 in Bretton-Woods vorgeschlagen worden. Er hatte die nach dem Kriege wahrscheinlich auftretenden Leistungsbilanzdefizite Englands und Frankreichs vor Augen, die ohne einen Rückfluss der amerikanischen Exporterlöse nach Europa nicht finanzierbar sein würden. Sein Vorschlag, mit einer Weltwährung „Bancor“ und einer Weltzentralbank dieses „Recycling“ zu garantieren, stieß auf die Ablehnung der USA, die nicht eine Kunstwährung, sondern ihre eigene Währung im Zentrum der neuen Weltwährungsordnung sehen wollten und einen sie zu etwas zwingenden Mechanismus nicht akzeptierten.

In der gleichen Rolle wie England und Frankreich 1944 sieht Varoufakis die südeuropäischen Eurostaaten 2012, in der Rolle der USA von damals Deutschland heute. Die Forderung nach der Einführung eines automatischen Transfers der Exportüberschusserlöse der Überschussländer in die Defizitländer ist der „rote Faden“ des Buches. Das Fehlen dieses Automatismus in der Währungsordnung der Nachkriegszeit sieht der Autor durch das politische Walten des Hegemonen USA ersetzt: Den Wiederaufbau der Kriegsverliererländer Japan und Deutschland, den die USA zur Eindämmung potentieller russischer und chinesischer Expansionsabsichten förderten, setzte diese in die Lage, einen temporären Import zu finanzieren, der ohne „Recycling“ der amerikanischen Exportüberschüsse in der unmittelbaren Nachkriegszeit nicht möglich gewesen wäre. Ebenso hat die Bereitschaft Deutschlands, Japans und des modernen China, die eigenen Exportüberschüsse in den USA anzulegen, die Aufrechterhaltung

der hohen „Twin“-Defizite in Staatshaushalt und Leistungsbilanz in den USA erst möglich gemacht. Beide politisch motivierte „Recycling“-Prozesse haben es nach Varoufakis erst möglich gemacht, dass die Exportländer Nachfrage für ihre Produkte gefunden hätten. Wenn also die Weltwirtschaft nicht an Stagnation und Depression zugrunde gehen wolle, müssten die Überschussländer verpflichtet werden, ihre Überschüsse in den Defizitländern zu investieren oder sie auf den Transferweg dorthin zu leiten. Nur wenn China in der Weltwirtschaft und Deutschland in Europa dazu bereit seien, sei mit einer gedeihlichen Entwicklung in der

Zukunft zu rechnen. Andernfalls drohe Stagnation und Arbeitslosigkeit.

Es ist eine faszinierende Story, die der Autor dem Leser präsentiert. Sie wirft neues Licht auf alte Probleme, steuert kluge Beobachtungen zum empirischen Beleg seiner These bei und entwickelt eine kohärente Interpretation globaler ökonomischer Phänomene. Aber stimmt sie auch?

Die Skepsis überwiegt. Wie das auf erwarteten Exportüberschüssen der USA beruhende Bretton-Woods System ebenso „Tributzahlungen“ an die USA beinhalten kann wie die durch Importüberschüsse der USA charakterisierte Zeit danach, erschließt sich dem Leser nicht. Ferner: Warum sollen Überschussländer gezwungen werden, ihre Überschüsse abzubauen? Sie sparen definitionsgemäß mehr als sie investieren. Dann können – benfalls definitionsgemäß – andere Länder mehr investieren als sie sparen. Warum soll das unterbunden werden, insbesondere dann, wenn letztere ärmere Länder sind? Es mag auch sein, dass Überschussländer, wie im Falle Deutschlands, schrumpfende Bevölkerungen haben, sodass die Akkumulation von Nettoauslandsforderungen durch Exportüberschüsse der zukünftig kleineren Bevölkerung hilft, die Last der Alten zu tragen? Mehr Konsum ist in solchen Fällen nicht die richtige Empfehlung, auch wenn sie von der Chefin des IWF kommt. Generell führt die Vernachlässigung demographischer Faktoren den Autor zu einer allzu negativen Einschätzung der weltpolitischen Perspektive der USA.

Es ist eine faszinierende Story, die der Autor dem Leser präsentiert. Sie wirft neues Licht auf alte Probleme, steuert kluge Beobachtungen zum empirischen Beleg seiner These bei und entwickelt eine kohärente Interpretation globaler ökonomischer Phänomene. Aber stimmt sie auch?

Einen etwas unangenehmen Beigeschmack bietet das Werk gegen Ende mit einer wenig reflektierten, stark national geprägten Sicht der Eurokrise. So wird die Schuld an der derzeitigen Krise ausschließlich bei Deutschland gesehen, das sich einer Transferunion in den Süden widersetze. Es fehlt im Zusammenhang mit der Eurokrise jedes kritische Wort gegenüber griechischem Fehlverhalten. Ein Zusammenhang zwischen der Höhe des Haushaltsdefizits und einem durch parteipolitische Patronage aufgeblähten Staatsapparat wird nicht in Erwägung gezogen. Das Leistungsbilanzdefizit wird nicht auf steigende Lohnstückkosten in Griechenland sondern auf sinkende Lohnstückkosten in Deutschland zurückgeführt. Die Kanzlerin wird als „Madame No“ persifliert, obwohl sie, jedenfalls nach dem Urteil vieler Deutscher, dem Marsch in die Transferunion eher zu wenig Widerstand entgegen gesetzt hat.

Zustimmung verdient der Autor jedoch in anderen Punkten. So ist die verteilungspolitische Schieflage, die die diversen Bankenrettungen mit sich bringen, nicht nur ihm ein Ärgernis. Ebenso trifft es zu, dass der politische Elan zur Regulierung der Finanzmärkte verflogen zu sein scheint. Schließlich macht auch sein Vorschlag, die Rückzahlungsmodalitäten der an Griechenland gezahlten Unterstützungen an die zukünftigen Wachstumsraten des Landes zu koppeln, durchaus Sinn. Insgesamt: Selbst wenn man oft genug anderer Meinung ist als der Autor, so ist die Präsentation seiner Gedanken doch immer anregend. Und – auch das ist zuzugestehen – der anhaltende Blick durch die Brille eines Ökonomen aus einem Defizitland macht durchaus auch nachdenklich. (khs)

Prof. Dr. Karlhans Sauernheimer (khs) wirkte von 1994 bis zu seiner Emeritierung im März 2010 als Professor für Volkswirtschaftslehre an der Johannes Gutenberg-Universität Mainz. Von 1999 bis 2003 fungierte er als Vorsitzender des Ausschusses für Außenwirtschaftstheorie und -politik im Verein für Socialpolitik, von 2000 bis 2008 als stellvertretender Vorsitzender des Wissenschaftlichen Beirats des ifo-Instituts München. Von 1984 bis 2007 war er als Lehrbeauftragter an der Wissenschaftlichen Hochschule für Unternehmensführung (WHU), Koblenz tätig. Bis heute lehrt er als Dozent an den Verwaltungs- und Wirtschaftsakademien in Koblenz und Wiesbaden. karlhans.sauernheimer@uni-mainz.de

Loretta Napoleoni, China – der bessere Kapitalismus. Was der Westen vom Reich der Mitte lernen kann. Orell Füssli Verlag, Zürich 2012. 320 Seiten, gebunden ISBN 978-3-280-05457-4 € 19,95 / CHF 26,90

Seit mehreren Jahrzehnten, auch als das rasante wirtschaftliche Wachstum Chinas noch nicht abzusehen war, gibt es eine Debatte über den Kapitalismus in China, zu dem man „Sprossen“ (mengya) bereits im 16. Jahrhundert ausmachen zu können glaubte. Inzwischen wird China von manchen als Vorbild gehandelt, als Beispiel für einen „besseren Kapitalismus“, so auch von Loretta Napoleoni. Dagegen haben sich Ideologen verschiedenster Couleur positioniert, insbesondere seit ein neues Modernisierungsverständnis auch andere Wege als nur den des Westens für möglich hält. Es hat sich ein neues Gefechtsfeld aufgetan, auf dem sich Publizisten wie



Mathias Döpfner oder Ian Bremmer tummeln. Wenn Mathias Döpfner in seinem Buch „Die Freiheitsfalle (2011)“ vor dem chinesischen Staatskapitalismus warnt und von einer „totalitären Marktwirtschaft“ spricht und Ian Bremmer („Das Ende des freien Marktes“) von einem „ungleichen Kampf zwischen Staatsunternehmen und Privatwirtschaft“, dann tut vor allem letzterer so, als gelte es, das Gute gegen das Böse zu verteidigen. In diese Arena hat sich nun auch Loretta Napoleoni begeben, die offensichtlich den westlichen Kapitalismus für gescheitert hält und China als das große Vorbild anpreist. In überschwänglicher Weise lobt sie den chinesischen Entwicklungsweg und schildert in einer facettenreichen und zum Teil glänzend geschriebenen, auch in der deutschen Übersetzung gut pointierten Darstellung den Niedergang des Westens („Die Depressiven leben im Westen“ S. 29) und die Erfolge Chinas. So sehr sie in einigen Teilen vereinfacht und immer wieder kritiklos zu einer euphorischen Beschreibung Chinas neigt, so ist ihr doch zuzustimmen, wenn sie dazu auffordert, durch einen Blick nach China „die Fehler der vergangenen zwanzig Jahre zu korrigieren“. Tatsächlich ist die systemvergleichende Wirtschaftsforschung, welche die Wirtschaftsmodernisierung in China mit dem Umbruch der Sowjetunion und anderen postsozialistischen Ländern vergleicht, in der praktischen wirtschaftspolitischen Debatte, vor allem aber in der breiteren Öffentlichkeit, weitgehend unbeachtet geblieben. Die Beharrungskräfte scheinen ein offenes Annehmen der chinesischen Herausforderung zu erschweren oder gar zu vereiteln. Anders als Napoleoni neigen jedoch manche Ökonomen und Politikwissenschaftler der Position des Wirtschaftshistorikers Niall Ferguson zu, der die Kluft zwischen Asien und dem Westen